

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Bestellgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Copplesstraße 101, Stuttgart.

Inserate
pro Spaltige Petitzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr. 46

Stuttgart, den 14. November 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

1. Ausgeschlossen nach Bestimmung des § 14 b im Statut wurde in Berlin der Goldschmittmacher Karl Penzler aus Berlin; Buchnummer 44 685.

2. Wiederholt geben wir bekannt, daß in Hamburg und Altona vorläufig Arbeitslosenunterstützung nicht mehr verabsolgt wird. Zugang ist fernzuhalten.

Der Verbandsvorstand.

H. A.: A. Dietrich.

Freie Zeit für die Landtagswahlen in Preußen.*

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ fordert die Arbeiter Preußens auf, sich an den bevorstehenden Landtagswahlen zahlreich zu beteiligen und für die Freigabe des Wahltags einzutreten. Es schreibt:

Zum erstenmal macht in diesem Jahre die arbeitende Bevölkerung Preußens den Versuch, sich allgemein an den Wahlen zum Landtag zu beteiligen. Das indirekte Wahlrecht in dieser Vertretung ist derart erschwert, daß ein selbständiger Erfolg der Arbeiter nur an wenigen Orten möglich ist. Der dritten Wählerklasse, der die Arbeiter fast allorts angehören, ist es allein nicht möglich, ihre Vertreter zum Siege zu bringen; nur wo zugleich die Arbeiter einen größeren Einfluß auf die zweite Wählerklasse ausüben können, ist ihnen der Erfolg gesichert. Hier und da ist es vielleicht auch möglich, im Widerstreit der bürgerlichen Parteien den Ausschlag zu geben und die von ihnen begünstigte Partei zu Gegenleistungen zu zwingen. Noch andere Erschwerungen sind mit diesem Wahlrecht verbunden. Die Wähler, in Bezirke eingeteilt, werden im Wahllokal aufgerufen, wodurch der im Moment Abwesende sein Wahlrecht verliert. Dies hat zur Voraussetzung, daß alle Wähler vom Beginn des Wahlaktes an bis zur Ausübung ihres Wahlrechtes im Wahllokal anwesend sein müssen, da die Reihenfolge des Aufrufs der Wahlvorstand bestimmt. Bürgerliche Wähler können meist über ihre Zeit frei verfügen; der Arbeiter muß sich für den Wahlakt einen halben oder ganzen Tag frei machen, wenn er auf sein Staatsbürgerrecht nicht verzichten will.

Trotz aller dieser für die Massen der Arbeiter bestehenden Schwierigkeiten war der Beschluß, sich an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen, ein Gebot der Notwendigkeit. Wichtige Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung sind der Einwirkung durch den deutschen Reichstag entzogen und die Landesgesetzgebung, in Preußen unter dem sicheren Schutze des Dreiklassenwahlrechtes, tritt immer unverhüllter als hemmender reaktionärer Faktor des öffentlichen Lebens auf. Die Koalitionsfreiheit ist durch die reaktionären Vereins- und Versammlungsgesetze gelähmt; das preussische Vereinsgesetz zeichnet sich vor allem in der Behandlung der Frauen als Staatsbürger zweiter Klasse aus. Und nicht genug damit, sind die reaktionären

Gewalten seit Jahren an der Arbeit, diesen bestehenden Zustand noch zu verschlechtern. Die berühmte Ley Recke konnte am 24. Juli 1897 nur durch eine Zufallsmehrheit mit 209 gegen 205 Stimmen abgewehrt werden. Diese Abstimmung zeigt blendend die Gefahr, die der Arbeiterschaft aus dem von der Reaktion beherrschten Landtag drohen. Dazu entrechtet die Landesgesetzgebung noch heute die Landarbeiter und Dienftboten, und mittelalterliche Gesindeordnungen vervollständigen die Abhängigkeit dieser Armeen der Armen.

Am unheilvollsten hat indes die Landeshoheit die Anwendung dieser Gesetze beeinflusst. Die Polizeiverwaltung, in deren Hand die Aufsicht über die Ausübung der Reichs- und Landesgesetze liegt, untersteht der Einwirkung des Landtags. Was nützen alle Reichstagsdebatten über Streikpostenverhaftungen, Koalitionsstrafverfahren und Verletzungen der Reichsgesetze durch die Polizei, wenn der Landtag dem dafür verantwortlichen Polizeiminister ein Vertrauensvotum nach dem anderen erteilt? Solange die Arbeiterklasse nicht im Landtag vertreten ist, begiebt sie sich jeder nachhaltigen Einwirkung auf die Ausführung der Gesetze. Kann die Aufgabe ihrer Vertretung auch nur die sein, Unrecht abzuwehren (neues Recht zu bilden, gebührt hier dem Reichstag), so ist diese Abwehr doch nicht minder notwendig wie die Mitarbeit am Werden. Nicht weniger leidet die Arbeiterbewegung unter der Strafrechtspflege, die es nicht verstanden hat, im Kampfe der Interessen und Anschauungen allen gegenüber die gleiche Billigkeit zu bewahren. Urteile gegen Streikende und Agitatoren von unverständlicher Schärfe wechseln mit den mildesten Bußen gegen bürgerliche Sünder. Während es von Aufbruchprozessen und Zuchthausurteilen gegen Streik- und Wahlumkulantanten wimmelt, werden Straßentravalle studierter Leute als Hausfriedensbrüche und Widerstand gegen die Staatsgewalt mit Geld- und Haftstrafen erledigt. Eine solche Strafrechtspflege muß das Vertrauen des Volkes zur Justiz erschüttern; vor allem aber muß es peinlich befremden, daß das preussische Justizministerium im Wege des Erlasses die Anklagebehörden zur Verfolgung von Handlungen auffordert, deren Infraktion der Reichstag durch Ablehnung der Zuchthausvorlage ausdrücklich abgelehnt hat. Den Schlüssel zu diesen Bestrebungen, Reichsrecht durch Landespraxis zu ersetzen, bildet wiederum die Unabhängigkeit der Justiz von der Reichsregierung. Der Landtag ist der Ort, wo der Justizminister sterblich ist, wo er Rede und Antwort stehen und sich auch ob der Maßregelung von Richtern, die die Polizeipraxis verurteilen, rechtfertigen muß.

Auch der reichsgesetzliche Arbeiterschutz vermag seine Wirkung, solange die landesrechtlich organisierte Gewerbeinspektion quantitativ wie qualitativ unzureichend ist. Es fehlt an Aufsichtsbeamten, besonders an solchen, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, und an weiblichen Inspektoren. Preußen ist auf diesem Gebiet beschämend im Rückstand.

Dazu kommt, daß zwei wichtige gewerberechtliche Gebiete der Reichsgesetzgebung fast völlig entzogen sind, das Bergrecht und das Eisenbahnwesen. Die ungeheuerlichen Mißstände (Unfallhäufigkeit, Wurmkrankheit, Knappschaftswesen) im Bergbau schreien nach Abhilfe; aber nur langsam und widerwillig tritt der Staat an diese Aufgaben heran. Und der Chef des preussischen Eisenbahn-

wesens verfolgt die Zugehörigkeit zum Verband der Eisenbahner Deutschlands systematisch als Verletzung des Beamtenvertrages. Gegen dieses Koalitionsrecht von Ministers Gnaden lehnten sich selbst königstreue Arbeiter vor wenigen Wochen auf ihrem Frankfurter Kongress auf. Hier wie in allen Staatsbetrieben gilt es in erster Linie, die Rechte der Beamten und Arbeiter gegen jede Bevormundung der Vorgesetzten sicher zu stellen. Aber das nicht allein; auch die Arbeitsverhältnisse der staatlichen Verkehrsanstalten und Staatswerkstätten bedürfen der gesetzlichen Regelung, wenn sie Musterbetriebe im sozialpolitischen Sinne werden sollen. Der Hebel dazu ist die Landesgesetzgebung, in Preußen der Landtag.

Auch andere Arbeiterinteressen sind mit der Zusammenfassung des preussischen Landtags auf das innigste verknüpft. Die Reform des Volksschul- und Fortbildungswesens (Gewerbe-)schulwesens muß hier ihren Ausgangspunkt nehmen und die Wohnungsreform kommt ohne Aufstoß durch die Landesgesetzgebung nicht vorwärts. Daß auf dem Gebiet des Steuerwesens die Arbeiter nicht länger bloß Objekt der Gesetzgebung bleiben, sondern subjektiv eingreifen wollen, kann ihnen kein Mensch verübeln. Und so vereinigen sich wichtige große Arbeiterfragen im Bereich des Landtags. Große Kulturwerte (Kanäle, Hafenerweiterungen, Stromregulierungen, Zalpferren) bleiben unausgeführt, weil das rückständige Agrariertum im Dreiklassenparlament die Vorherrschaft ausübt. Würde das Volk gleichmäßig im Landtag vertreten sein, so wäre es mit dieser Vorherrschaft, die das Rückgrat der Reaktion darstellt, längst vorbei. Daher klammert sich das Junker- und Agrariertum an das Dreiklassenwahlrecht, das ihm seine Macht gewährleistet, so lange es die Arbeiter, die zahlreichste Klasse der Bevölkerung, abschreift. Gelingt es dem arbeitenden Volke, den Ring um die Landesgesetzgebung zu durchbrechen, dann sind auch die Tage des Dreiklassenwahlrechtes gezählt und wird die Bahn für eine gleiche gerechte Vertretung aller Staatsbürger frei.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.*

(3. Quartal 1903.)

Die Abteilung für Arbeiterstatistik des Reichsstatistischen Amtes veröffentlicht in Nr. 7 des „Reichs-Arbeiterblattes“ die zweite Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit, umfassend die Monate Juli, August, September.

Bier weitere Verbände haben sich der Statistik angeschlossen, der Gutenbergbund, der Zentralverband der Maschinen- und Heizer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, der Xylographenverband und der Verband der Lithographen, Kartographen, Chemigraphen und im graphischen Gewerbe tätigen Zeichner, während von der Heranziehung der Handlungsgehilfenverbände Abstand genommen werden mußte, weil die Grundlagen der kaufmännischen Stellenlosenunterstützung zu wesentlich anderer Natur sind als die der Arbeitslosenunterstützung.

Die zweite Aufnahme umfaßt nun bereits 414 855 Personen, während die Aufnahme im Juli sich erst

* Wegen Raummangel wiederholt zurückgestellt.

* Anmerkung d. Red. Dieser Artikel ging uns verspätet zu, dürfte aber in seinem allgemeinen Teil auch jetzt noch interessieren.

auf 213 962 Personen bezog. Der Personenkreis, auf den sich die Beobachtung erstreckt, hat sich also beinahe verdoppelt, ein Ergebnis, das zum größten Teil darauf zurückzuführen ist, daß dieses Mal der Metallarbeiterverband sich bereits an der Aufnahme beteiligen konnte. Im nächsten Jahre wird voraussichtlich diese Statistik durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in einer Anzahl größerer Verbände noch eine weitere Ausdehnung erhalten können und dadurch auch an Bedeutung als Maßstab der Arbeitslosigkeit in der deutschen Industrie gewinnen.

Bezüglich des Standes der Arbeitslosigkeit vom 30. September dieses Jahres ist das folgende zu bemerken:

Am 30. September dieses Jahres waren in den angeschlossenen Verbänden, die 414 855 Personen umfassen, 7655 Personen am Orte, 2058 außer Orts arbeitslos, das sind 1,8 Prozent aller Mitglieder gegen 3,2 Prozent am 30. Juni.

Das Ergebnis ist also ein nicht unerheblich günstigerer Stand der Beschäftigung als am 30. Juni. Im einzelnen schwankte der Prozentsatz zwischen 0,1 Prozent bei dem Gewerkeverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter in Burg und 8,2 Prozent bei dem Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands, dem der Zentralverband der Bildhauer mit 7 Prozent und der Verband der Buchdrucker mit 6,5 Prozent Arbeitslosen am 30. September am nächsten kommen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist am 30. September in den meisten Verbänden günstiger gewesen als am 30. Juni. Eine Verschlechterung gegen den 30. Juni hat vor allem stattgefunden bei den Zigarrensortierern, bei dem Gewerkeverein der Bildhauer, den Schmieden, den Töpfern, den Stuhlarbeitern, den Handschuhmachern, den Schneidern und den Buchdruckern. Bemerkenswert gering war die festgestellte Arbeitslosigkeit in der Metallbranche.

Die Übersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit am 30. September dieses Jahres wird ergänzt durch die Übersicht über die Fälle der Arbeitslosigkeit im Laufe des verfloffenen Quartals. Ist es der Zweck der einen Übersicht, ein exaktes Momentbild zu geben, so hat die andere Übersicht die Aufgabe, zu zeigen, welchen Umfang über das Quartal hin zusammengerechnet die Arbeitslosigkeit innerhalb des Verbandes gehabt hat, und somit die Bedeutung der Frage für den Verband und den einzelnen Arbeiter ins rechte Licht zu setzen. Dabei ergeben sich wesentlich höhere Prozentzahlen. Die Bedeutung dieser Zahlen kann aber richtig nur beurteilt werden in Verbindung mit einer Feststellung der durchschnittlichen Dauer der Fälle von Arbeitslosigkeit.

Wie schon im 2. Quartal war die Arbeitslosigkeit auch im 3. Quartal am größten bei dem Zentralverband der Bildhauer Deutschlands, bei dem auf je 100 Mitglieder im 3. Quartal 52 Fälle von Arbeitslosigkeit entfielen, das ist noch 0,6 Prozent mehr als im 2. Quartal. Im weitest Abstand folgen dann der Zentralverband der Glaser, der Verband der Bäcker, der Buchdruckerverband, der deutsche Photographengehilfenverband und der Zentralverband der in der Schmiederei beschäftigten Personen, bei denen auf je 100 Mitglieder 21,4, bzw. 20,2, bzw. 20,1, bzw. 18,8 Fälle von Arbeitslosigkeit im 3. Quartal entfielen. Alle Verbände zusammengefaßt entfielen im 3. Quartal auf je 100 Mitglieder 8,2 Fälle von Arbeitslosigkeit, mithin 0,4 Prozent weniger als im 2. Quartal, so daß sich auch hier eine geringfügige Verbesserung gegen das 2. Quartal ergibt.

Was die gezahlten Summen der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung betrifft, so haben diese im 3. Quartal bei den angeschlossenen Verbänden 450 635,65 M. bzw. 186 875,77 M. betragen, in Summa rund 638 000 M., die fast ausschließlich auf die männlichen Mitglieder der Verbände entfallen.

Will man nun unter Außerachtlassung gewisser Fehlerquellen ein ungefähres Bild gewinnen, wieviel Unterstützung pro Kopf der Arbeitslosen am Orte an Verbandsunterstützung im 3. Quartal gezahlt ist, so ergibt sich, daß in insgesamt 34 131 Fällen von Arbeitslosigkeit 450 636 M. gezahlt worden, das sind durchschnittlich etwa 13 M. auf jeden Fall der Arbeitslosigkeit. Die durchschnitt-

liche Dauer der Arbeitslosigkeit läßt sich leider noch nicht berechnen.

Im Buchbindergewerbe ist der Stand der Beschäftigung nach diesen Angaben im 3. Quartal ebenfalls ein bedeutend besserer geworden, wie im 2. Quartal; dergleichen haben sich die Fälle der Arbeitslosigkeit von 17 auf 13 pro 100 Mitglieder vermindert. Ganz zuverlässig sind auch hier die Angaben nicht, weil, wie auch in der Statistik vermerkt ist, die Zahl der arbeitslosen Personen, die noch nicht unterstützungsberechtigt, weil die statistische Karenzzeit noch nicht absolviert, die zum Empfang der Unterstützung berechtigt, nicht genau bekannt ist, ein Mangel, der übrigens bei den Angaben aller sich an dieser Statistik beteiligten Verbände ebenfalls vorhanden sein muß. Bei einer Mitgliederzahl unseres Verbandes von 12 651 wurden 1692 Fälle von Arbeitslosigkeit gezählt. 438 männliche Mitglieder bezogen für 8619 Tage 7745 M. und 77 weibliche für 892 Tage 544 M., dazu noch 924 auf der Reise befindliche Mitglieder für 4290 Tage 3178 M.

Internationales.

Lohnbewegung in Dänemark. Unsere dänischen Kollegen stehen vor einer allgemeinen Lohnbewegung. Sie haben die geltenden Tarifverträge, sowohl den für Kopenhagen als auch den für die Provinzstädte, auf den 1. Februar 1904 gekündigt, und zwar bei den Arbeitgebern, die der Innung und der Zentralvereinigung der Arbeitgeber des Buchbindergewerbes angehören, wie bei den außerhalb stehenden. Vorschläge zu neuen Tarifverträgen sind den Arbeitgebern bereits vorgelegt worden. In Kopenhagen wird die neunstündige Arbeitszeit und Erhöhung des Mindestlohns für Gehilfen von 21 auf 25 Kronen verlangt mit Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Für Arbeiterinnen, die bereits ein halbes Jahr im Gewerbe tätig waren, wird für das erste darauffolgende halbe Jahr 10 Kronen Wochenlohn, für das folgende Jahr 13 Kronen und danach 16 Kronen Wochenlohn verlangt. Werden sie mit anderen als den im Arbeiterinnentarif genannten Arbeiten beschäftigt, so sollen sie den für Gehilfen festgesetzten Lohn erhalten. Für Überzeitarbeit bis zu 3 Stunden, sowie für Sonntagsarbeit bis zu 4 1/2 Stunden, die aber nicht länger als bis 12 Uhr mittags dauern darf, wird ein Zuschlag von 50 Prozent, für weitere Überzeitarbeit von 100 Prozent verlangt. Bei Akkordarbeit soll dieser Zuschlag nach dem Durchschnittsverdienst berechnet werden. Von obenstehenden Lohnbestimmungen sollen Ausnahmen zugelassen werden für solche Gehilfen und Arbeiterinnen, die aus besonderen Ursachen nicht eine dem gewöhnlichen Wochenlohn entsprechende Arbeit leisten können. In jedem derartigen Falle soll ein permanenter Ausschuß, bestehend aus drei Meistern und drei Gehilfen, den Lohn festsetzen. Für Akkordarbeit wird später noch ein Tarifentwurf sowohl für Arbeiterinnen wie für Gehilfen vorgelegt werden. Für diejenigen Gehilfen, die bei Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags einen Wochenlohn von 22 Kronen und mehr haben, sowie für Arbeiterinnen, die einen solchen von 15 Kronen und mehr haben, wird eine Lohnzulage von 20 Prozent gefordert. Vorschläge zur Aufstellung einer Lehrlingskala für weibliche wie für männliche Lehrlinge werden den Meistern im Laufe der Verhandlungen vorgelegt werden. — In den Provinzstädten wird die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und Erhöhung des Wochenlohns für Gehilfen von 18 auf 22 Kronen verlangt; für Arbeiterinnen, die drei Monate im Gewerbe tätig waren, 6 Kronen Wochenlohn, nach einem Jahre 9 Kronen und nach zweijähriger Tätigkeit im Beruf 11 Kronen. Auch hier wird gefordert, daß Arbeiterinnen, die mit anderen als den Kopenhagener Akkordtarif für Arbeiterinnen ausgeführten Arbeiten beschäftigt werden, mit dem Gehilfenlohn bezahlt werden. Im übrigen entspricht der Tarifvertragsvorschlag für die Provinzstädte im allgemeinen dem, was in Kopenhagen verlangt wird, auch in bezug auf die Zuschläge für Überstunden. Für beide Tarifverträge wird eine Gültigkeitsdauer vom 1. Februar 1904 bis 1. Oktober 1906 mit dreimonatiger Kündigungsfrist vorgeschlagen. Unser dänisches Bruderorgan bemerkt zu diesen Vorschlägen:

„Keiner wird mit Recht sagen können, daß das, was die Arbeiter des Buchbindergewerbes hier fordern, unbillig viel ist, und es wird auch anerkannt, selbst seitens mehrerer Meister, daß es keineswegs zuviel ist. Gewiß, wir haben keine guten Zeiten jetzt, uns aber zwingt geradezu die Not, daß wir versuchen, unsere Verhältnisse zu verbessern. Dieselbe Ansicht machte sich auch im Gesamtverband der Gewerkschaften geltend, der es nicht für verantwortlich hielt, die Buchbinder in ihrem Bestreben nach Verbesserung ihrer schlechten ökonomischen Verhältnisse zu hindern, weshalb wir auch die Zustimmung des Gesamtverbandes zur Kündigung unseres Tarifvertrags erhielten. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, auf dem Wege des Friedens und der Verhandlung das gewünschte Resultat zu erzielen.“

Zur Anstellung von besoldeten Gaubevollmächtigten.

Schon seit Jahresfrist, seit auf dem Gautag des 10. Gaues im November vorigen Jahres seitens des Essener Delegierten die Anstellung eines besoldeten Gauleiters angeregt wurde, habe ich mich in sogenannten stillen Stunden näher mit dieser Frage beschäftigt. Da diese Angelegenheit jetzt aktuell zu werden verspricht, kann ich nicht umhin, mich an der Diskussion derselben zu beteiligen.

Die Notwendigkeit der Anstellung von Beamten zur Betreibung der Agitation unterliegt wohl keinem Zweifel. Daß dies bei uns noch nicht geschehen ist, liegt doch nur an der Kostenfrage. Es wird behauptet, daß es schlechtweg nicht angängig ist, für einen einzelnen Gau einen vom Verband besoldeten Gauleiter anzustellen. Auch ich gebe dies zu. Aber ist es denn nun unbedingt nötig, daß ein jeder Gau einen Beamten haben muß? Können sich denn nicht drei bis vier Gawe zusammen mit einem begnügen?

Kollege M. R. will nach seinem Artikel in Nr. 44 unserer Zeitung 8000 bis 10 000 M. für Vergütung an unsere jetzigen Gaubevollmächtigten ausgemessen wissen. Ich kann diese Summen ebenfalls für nicht zu hoch halten. Nur mit seinem sonstigen Vorschlag kann ich mich gar nicht befreunden.

Im letzten Jahresbericht des Verbandsvorstandes kann man lesen, daß in einzelnen Gauen die Agitation so gut wie gar nicht betrieben worden ist. Woran das liegt, will ich nicht untersuchen. Aber ich meine, es wäre ungerecht, wenn solche Bevollmächtigte, welche doch so gut wie gar nichts leisten, besoldet würden, während andere, zumal in größeren Bahistellen, die sich mit sichtbarem Eifer dem Verband widmen, leer ausgehen sollen. Diese haben doch daselbe Recht, Entschädigung zu fordern.

Meine Meinung und mein Vorschlag geht nun dahin, für die vom Kollegen M. R. vorgeschlagenen 8000 bis 10 000 M. vier bis sechs Agitatoren anzustellen. Wir haben genügend Leute, welche einen derartigen Posten sehr gut ausfüllen würden. Die jetzt existierende Gaweinteilung könnte ganz gut bestehen bleiben, den besoldeten Agitatoren könnten die Gaubevollmächtigten als Unterstützung bei der Agitation dienen. Die geographische Einteilung der Agitationsbezirke würde dann so zu regeln sein, daß jedem Agitator Landesdistrikte mit möglichst gleichviel unorganisierten Berufsgenossen überwiesen werden. Als Vorort wäre die Stadt zu bestimmen, welche im Mittelpunkt des betreffenden Agitationsbezirktes liegt.

Ich habe schon oft den Einwurf gehört, daß wir infolge unserer Mitgliederzahl gar nicht in der Lage seien, besoldete Agitatoren anzustellen. Ja, Kollegen, brauchen wir denn unsere Agitatoren, um unsere Mitglieder zu erhalten oder wollen wir sie haben, um neue zu gewinnen? Wenn wir erst alle für uns in Betracht kommenden Berufsangehörigen organisiert haben, dann brauchen wir wahrlich keine Agitatoren mehr! Dann werden auch die örtlichen Bevollmächtigten in der Lage sein, ihre Mitglieder zu halten! Anders jetzt. Wir haben noch viel zu schaffen und dürfen darum keine Mühen und Geldkosten scheuen, um zum Ziele zu kommen. Der Erfolg wird sich zeigen!

Noch etwas anderes möchte ich an dieser Stelle anregen und bitten, dies mit in die Debatte über

vorstehendes zu ziehen. Wir hören oft die Klage, daß namentlich in den kleineren Zahlstellen keine rednerischen Kräfte vorhanden sind. Und doch, wieviele möge es unter uns geben, welche sich mit Leib und Seele dem Verband widmen möchten, wenn sie nur die Befähigung hierzu hätten. Es gibt so viele unter uns, welchen es nicht an Begabung fehlt, sondern an Gelegenheit, sich auszubilden. Manche werden sagen, leset Manfred Wittichs „Kunst der Rede“ oder dergleichen Werke. Aber was nützt die beste theoretische Ausbildung, wenn die praktische fehlt? Kann da nicht eine Anzahl der Befähigtesten von „Verbands wegen“ unterdrückt werden? Die Frage über das Wie muß ich allerdings offen lassen.

B.

Is.

Erklärung.

Die Protokollführer vom Gautag des Gau IX schreiben zu der Richtigstellung Klingenschmidts usw. folgendes:

Zu der in Nr. 45 enthaltenen Richtigstellung des Kollegen Klingenschmidt haben wir zu bemerken, daß das, was wir in unserem Gautagsbericht geschrieben haben, genau den Verhandlungen auf dem Gautag entspricht. Wir stellen fest, daß der Bericht in Nr. 41 am 10. Oktober erschien. Hätte Klingenschmidt oder auch ein anderer etwas daran zu monieren gehabt, hätte dieses bereits in der Nr. 42, spätestens aber in Nr. 43 geschehen können. Wir stellen ferner fest, daß Klingenschmidt vom Verbandsvorstand aufgefordert wurde, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern. Klingenschmidt reagierte nicht darauf. Erst in Nr. 45 vom 7. November ist zu lesen, daß die Berichtstatler Klingenschmidts Äußerungen verwechselt haben! Da Klingenschmidt solange Zeit brauchte, um eine Richtigstellung fertigzubringen, so müssen wir zu der Annahme gelangen, daß Klingenschmidt von irgend einer Seite geschoben wurde. Auf Spekulationen gehen wir aber grundsätzlich nicht ein.

Ganz unverkündet erscheint uns das Verhalten des Kollegen Jänicke-Altenburg, auf dessen Veranlassung diese Angelegenheit auf dem Gautag zur Sprache gebracht wurde und der auch dafür plädierte, dem Verbandsvorstand eine Rüge zu erteilen. Den in seiner Richtigstellung angeführten „Unsinn“ wollen wir ihm sichten. Auf die in der offenen Postkarte an den Vorstand des Gau IX enthaltenen Kraftausdrücke sind wir nicht in der Lage, zu antworten, da wir auf dieses Gebiet weder folgen können noch wollen. Im übrigen halten wir den Raum unserer Zeitung zu kostbar, um in der Zeitung selbst zu dieser Angelegenheit noch einmal das Wort zu nehmen.

Erfurt. R. Smolny, M. v. Lojewski.

Im Gautagsbericht selbst haben sich einige kleine Fehler eingeschlichen, die sich jeder aufmerksame Leser wohl selbst korrigiert hat. Wir hielten sie nicht für so schwerwiegend.

Seite 323, Spalte 2, Zeile 6 und 18 muß es nicht Gau- sondern Hauptvorstand heißen. In der Zeile 6 von unten statt Minimalarbeitszeit = Maximalarbeitszeit. Spalte 3, Seite 15 muß statt Lwow = Smolny gesetzt und das Wort „sächsischen“ in Zeile 17 gestrichen werden.

Ferner gehen uns zu dem Steglitzer Versammlungsbericht in Nr. 45 diese Zeilen zu:

Gegen die Kampfweise, wie sie die Zahlstelle Steglitz gegen mich zu führen beliebt, ist natürlich nicht anzutämpfen und ich beschränkte mich darauf, zu erklären, daß ich die maßlose Anschuldigung, ich hätte den Wunsch, die arbeitslos gewordenen Kollegen auch noch bestrafen zu sehen, entrüstet zurückweise.

Was die von Herrn Gerber mitgeteilte amtliche Aussage der Polizeibeamten angeht, so kann ich sie natürlich ohne Einsichtnahme in die betreffenden Akten auf ihre Richtigkeit hin nicht untersuchen, sollte sie tatsächlich von Seiten der Beamten so erfolgt sein, so erkläre ich hiermit, daß diese Aussage eine Unwahrheit ist.

M a u c i.

Verichtigung.

In dem Bericht der Zahlstelle Essen in Nr. 45 der „Buchbinder-Zeitung“ ist dem betreffenden Ein-

sender unterlaufen, daß Hagen auch zu den Städten gehört, in denen der Verband gänzlich fehlt!

Die heute am 7. November tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hagen i. W. spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß derartige Fehler von Seiten des Redakteurs nicht gesehen werden, wo die Zahlstelle Hagen i. W. (nebenbei bemerkt die älteste Zahlstelle im Gau X) doch zu Anfang des Berichtes unter den Delegierten aufgezählt worden ist. Sie empfiehlt dem Herrn Redakteur, derartige Artikel mit etwas mehr Sorgfalt durchzulesen und zu korrigieren; oder aus welchem Grunde ist überhaupt der Redakteur angestellt?

J. A.: Eduard Duejeleit, Bevollmächtigter.

Korrespondenzen.

Hamburg. Die am Mittwoch den 4. November stattgefundene öffentliche Versammlung besaßte sich mit dem bisherigen Stande unserer Tarifbewegung. Zunächst gab Küster den Situationsbericht. Er hebt zunächst hervor, daß der bisherige Verlauf der Bewegung im Allgemeinen als günstig zu bezeichnen sei. Ein erheblicher Teil der Firmen hat den neuen Tarif anerkannt, mit anderen Arbeitgebern siehe man in Verhandlung. Die Buchdruckerinnung hat bisher noch keine Zeit gehabt, sich mit unseren Forderungen zu beschäftigen. Sie will dies jedoch in ihrer am 20. November stattfindenden Versammlung tun. Das Verhalten dieser Innung müsse man als Verschleppungstaktik bezeichnen, die darauf abzielt, die gute Konjunktur vorübergehen zu lassen. Die Hamburger Buchbinderinnung ist gewillt, mit uns eine Tarifgemeinschaft einzugehen, jedoch erscheint ihr der geforderte Minimallohn zu hoch. Das diesbezügliche Schreiben der Innung lautet unter anderem: „Die Innungsverammlung hat beschlossen, der Gehilfenversammlung folgendes zur Annahme zu empfehlen: 1. Der Minimallohn für ältere Gehilfen beträgt 24 Mk. 2. Ungeübte Arbeiter werden nach Leistung bezahlt. 3. Ab 1. Juli 1904 wird die neunstündige Arbeitszeit eingeführt.“ — Die Altonaer Buchbinderinnung hat ebenfalls ein Schreiben gesandt, in dem es heißt, daß die Mitglieder der Innung sich nicht auf die Forderungen verpflichten könnten, daß man aber geneigt sei, gerechten Wünschen entgegenzukommen und die Löhne, soweit dies möglich sei, aufzubessern. Der Verein der selbständigen Limierer wolle nur mit den in seinem eigenen Gewerbe tätigen Leuten verhandeln, sei aber bereit, eine Aufbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen.

Von etwa 160 in Betracht kommenden Geschäften haben bis dato 56 Betriebe mit 148 Arbeitern und 228 Arbeiterinnen unsere Forderungen voll und ganz bewilligt. Hierauf werden die Namen der bewilligten Firmen verlesen.

Verndt ist der Meinung, daß wir keineswegs die Vorschläge der Buchbinderinnung ohne weiteres akzeptieren können, vielmehr müßten wir auf der Forderung von 26 Mk. Minimallohn bestehen, da sonst zu befürchten sei, daß bisher Errungene wieder preisgeben zu müssen. Wie der gegenwärtige Stand unserer Bewegung liege, sei auf diese Forderung zu beharren nicht aussichtslos. Jedoch rate er, die Kündigung bei den der Innung angehörigen Arbeitgebern noch nicht einzureichen, da wir noch einmal versuchen sollten, mit der Innung in Verhandlungen zu treten, um schließlich eine Einigung noch zu erzielen. Allerdings müsse man zugeben, daß von einer großen Arbeitseinstellung nicht die Rede sein könne, da von den 61 Innungsmittelgebern für uns 20 ausscheiden müssen, da dieselben keine Arbeiter, die für uns in Betracht kommen, beschäftigen. Außerdem haben drei Innungsbetriebe unsere Forderungen bewilligt und weitere zehn Innungsbetriebe werden sich wohl noch regeln lassen, da es sich nur um Kleinigkeiten handelt, welche man in friedlicher Verhandlung zu gewinnen hoffe. Des weiteren berichtet Redner von den Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitgebern. Erfreulicherweise sei die Lohnkommission, welche mit der Funktion betraut wurde, im allgemeinen zuvorkommend behandelt und mancher Konflikt zwischen Prinzipalen und Arbeitern geschlichtet worden. Allerdings gebe es auch Ausnahmen; so sei die

Kommission von der Firma Scharnweber & Knoob strikte abgewiesen, desgleichen von dem Weltgeschäft „Dresdener Bank“. Schlegel geißelt das Verhalten einiger Arbeitgeber, welche sich in der „Scharfmacherei“ ganz besondere Verdienste erworben haben; besonders sei es Hulbe, Postleferant an diversen kaiserlichen und königlichen Höfen, und der allerdings noch nicht so „berühmte“ Geschäftsbüchereifabrikant Erdlen, letzterer eine ganz besondere Spezies in der Denunziantenzunft. Des weiteren ist Redner der Meinung, daß es ein großer Erfolg sei, wenn die Innung die neunstündige Arbeitszeit einführen wolle, denn bekanntlich habe die Innung früher sich auf nichts eingelassen; aber er verstehe nicht, aus welchem Grunde man die neunstündige Arbeitszeit erst im Juli 1904 einführen wolle. Auch können wir uns mit dem übrigen Angeboten nicht zufrieden geben, sondern müßten auf unsere Forderungen bestehen. Das Verhalten der „Dresdener Bank“, welche es nicht über sich bringen kann, ihre Buchbinder mit 26 Mk. zu entlohnen, sei unbegreiflich, da doch bekannt sei, daß die Herren Direktoren fürstliche Gehälter bezögen.

Glau kritisiert das Konkurrenzgebaren der Firma Perschel und sonstige Eigentümlichkeiten des frommen Herrn. Tatsächlich sei das „Gutenbergsbau“ der Schrecken aller anständigen Buchdruckereien am Orte. Die feige Denunziation des Herrn Erdlen setze allerdings allem die Krone auf. Dieser Herr, der seine Arbeiter, welche den horrenden Lohn von 23 Mk. erhielten, zum Ausstand zwang, war mit seinem Werke noch lange nicht zufrieden, sondern denunzierte einen unserer tüchtigsten Kollegen aus der Lohnkommission bei dessen in Arbeit stehendem Institut, so daß derselbe für das fernere Wirken im Verband unmöglich gemacht wurde. Der Denunziant wurde vom Redner mit Worten beehrt, welche seiner Handlung gebühren. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre auch unser Vorsitzender kalt gestellt worden durch die Niedertracht jenes Mannes.

An der ferneren Aussprache beteiligten sich noch Paul Schmidt und Neuß, letzterer auf die früheren Lohnkämpfe der Buchbinder eingehend. Alsdann gelangte folgende Resolution mit 247 gegen 8 Stimmen bei 8 Stimmhaltungen zur Annahme:

„Die pp. Versammlung erklärt, an dem als Grundlage für eine Tarifgemeinschaft für das Buchbindergerberbe aufgestellten Minimallohn festhalten zu müssen. Mit Rücksicht darauf, daß ein sehr großer Teil der Gehilfen einen Mindestlohn von 26 Mk. schon bezogen und ein weiterer, sehr erheblicher Teil der Geschäftsinhaber diese Forderungen während der Tarifbewegung bewilligt hat, respektive als geregelt gilt, weil nur noch geringe Differenzen — so hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiterinnen — bestehen, kann die Versammlung das Anerbieten der Freien Buchbinderinnung zu Hamburg nicht ohne weiteres akzeptieren, obgleich sie gern anerkennt, daß damit ein Fortschritt gegen früher zu verzeichnen ist. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, den Versuch zu machen, weitere Verhandlungen anzubahnen und das Ergebnis in einer späteren Versammlung mitzuteilen. Die Versammelten erklären sich aber ausdrücklich bereit, jederzeit die Arbeit niederzulegen, soweit es bisher noch nicht geschehen ist, sobald die Lohnkommission dazu auffordert. Die Kündigung respektive Arbeitsniederlegung muß unbedingt überall da erfolgen, wo die Lohnkommission keinerlei Entgegenkommen findet und die Möglichkeit, auf friedlichem Wege etwas zu erreichen, ausgeschlossen erscheint.“

Das Schlußwort nimmt Küster, der betont, daß durch die Annahme der Resolution die Versammelten nach derselben in Zukunft handeln müssen. Eigenmächtiges Vorgehen sei nicht am Platze, sondern es müsse — wenn es zu größeren Arbeitseinstellungen kommen sollte — die Arbeitsniederlegung möglichst einheitlich erfolgen. Erfreulicherweise seien von circa 1000 Buchbinderearbeitern und Arbeiterinnen am Orte jetzt 700 organisiert, so daß uns nur noch 30 Prozent fehlen; aber auch diese zu organisieren müsse unsere erste Stammespflicht sein. — Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Altona. In einer öffentlichen Versammlung am 31. Oktober berichtete Schlegel über den Stand unserer Tarifbewegung und das schroffe Verhalten

des Herrn Lehmann, in Firma Lehmann & Hildebrandt, der Lohnkommission gegenüber. Es habe bereits eine Sitzung des Ausschusses der Zünfte in Hamburg mit dem Gehilfenausschuß stattgefunden, und man könne hoffen, sich zu verständigen. Wenn es auch von dem größten Teile der Unternehmer unböhsch war, auf unsere so höflich abgefaßten Schreiben nicht zu antworten, so sind doch da, wo die Lohnkommission persönlich vorstellig geworden ist, diese durchweg sehr höflich aufgenommen worden. Es hat sich auch hier die alte Erfahrung gezeigt: Ist bei einer Firma die Organisation stark vertreten, zeigt der Unternehmer auch ein weit geringeres Entgegenkommen den Wünschen seines Personals gegenüber. Weiß der Unternehmer aber, daß die Organisation nur schwach in seinem Geschäft vertreten ist, dann wird der Herrenstandpunkt herausgehört; so zum Beispiel von dem jungen Herrn Lehmann, in Firma Lehmann & Hildebrandt, Kuvertfabrik, Ottenfen, Am Felde. Als die Lohnkommission nach vorheriger Anmeldung bei Herrn L. vor sprach, war der Herr so eigenartig in seinem Auftreten, daß Worte fehlen, dies gebührend zu kennzeichnen. Der Referent gab dann eine Übersicht über den Stand der Lohnbewegung überhaupt. Außer den bereits veröffentlichten Firmen haben im Laufe der letzten Tage 45 Geschäfte mit 91 Gehilfen, 150 Mädchen und 7 Hilfsarbeitern unsere Forderungen bewilligt; stündlich kämen noch neue Bewilligungen hinzu. Leider ist es auch schon zu Differenzen gekommen. So haben bei Hulbe, Wandsbeck, die dort beschäftigten Kollegen die Arbeit verlassen, weil der Herr Hoflieferant mit den großen Preisen es nicht für nötig fand, den dort beschäftigten Kollegen einige Mark Zulage zu geben, um unseren Forderungen gerecht zu werden; lieber sucht er nun in den Zeitungen zu den höchsten Löhnen, worunter wir 36 Mk. verstehen, Arbeitswillige, anstatt seinen Gehilfen einen Lohn von 26 Mk. zu zahlen. Bisher zahlte der Herr Hoflieferant Löhne von 21, 22, 23 und 24 Mk. Ein Presser wurde sogar mit 21 Mk. entlohnt. Andere Firmen zahlen für solche Arbeiten noch mehr als Minimallohn. Leider sind auch bei dieser Firma einige Leute stehen geblieben. Seit einigen Jahren ist dies der dritte Streik dort, und immer sind es dieselben Leute, die stehen bleiben, natürlich Unorganisierte. Bei der Firma Erdlen, Deichstraße, Hamburg, sind zwei Buchbinder und zwei Mädchen in den Ausstand getreten. Dieser Herr sucht auch in den Blättern zu „höchsten Löhnen“ Arbeitswillige. Er hat schon 28 Mk. geboten. Das sind 5 Mk. mehr, als er seinem alten Personal gegeben hat, das doch bloß 26 Mk. forderte. Wer Kontobucharbeiter mit 23 Mk. entlohnt, muß als Schmutzkonkurrent bezeichnet werden. Dieser Herr Erdlen entblödet sich auch nicht, bei anderen Meistern herumzulaufen, um sie scharf zu machen, unsere Forderungen nicht zu bewilligen. Die Gummi-fabrik Hamburg-Barmbeck bezahlt dort beschäftigte Buchbinder bei 10 Stunden Arbeitszeit mit 19, 21, 23 und 24 Mk. Lohn. Natürlich ist nur einer davon organisiert. In der Kartonnagefabrik von Weber, Ottenfen, geht es wie in einem Taubenschlag, weil den Mädchen dort zu erbärmliche Löhne gezahlt werden. Eben dieser häufige Wechsel im Personal hindert uns, dort festen Fuß zu fassen. Mit der Firma Schönheit ist Aussicht vorhanden, sich zu einigen. Redner streifte dann das Verhältnis verschiedener älterer Kollegen zu ihren Arbeitskolleginnen; er gab den Kolleginnen den Rat, sich an vernünftige Kollegen mit ihren Beschwerden zu wenden, und forderte gerade die älteren Kolleginnen auf, die jüngeren über den Nutzen unserer Organisation zu belehren.

Als nächster Redner ging Reuß mit der Firma Lehmann nochmal ins Gericht. Er bekundete, daß die Firma (als der alte Herr Lehmann noch lebte) 1896 und 1897 uns ebenso schroff behandelt habe, wie es jetzt der junge Herr L. tut. Erst als 1896 die Arbeiterinnen dort die Arbeit niederlegten, gab Herr L. sen. nach. Heute zahlt der junge Herr das nicht mehr, was der alte damals zugebilligt hat. Rißter kritisierte auch das Verhalten der Firma L. Das Personal sei selbst schuld daran, sich diese Behandlung gefallen zu lassen. Wilhelm ging dann noch mit den Herren Kollegen ins Gericht, die vielleicht das Glück gehabt haben, in Stellungen zu kommen, wo sie allein mit mehreren

Mädchen arbeiten müssen. Er legt diesen Kollegen ans Herz, auch für ihre Mitarbeiterinnen zu sorgen und nicht gegen sie zu arbeiten. Es sind dies vielfach Leute, die der Organisation diese Stellung verdanken, es aber nicht für nötig hielten, dieser treu zu bleiben. Redner kritisierte auch das Verhalten einiger Buchbindergehilfen von der Firma Bruhn & Diez, hier. Nachdem noch Schlegel das Schlußwort mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für die Bewegung voll einzutreten, erhalten hatte, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den guten Verlauf unserer Bewegung die gutbesuchte Versammlung.

Darmstadt. Durch die Bewegung anderer Zahlstellen angeregt, wurde hier unter den indifferenten Kollegen eine rührige Agitation entfaltet mit dem Erfolg, daß in zwei Werkstubeversammlungen sieben Kollegen aufgenommen wurden, darunter die Kollegen einer Werkstube, welche bisher als schlechteste am Orte galt. Im Anschluß daran fand am 1. November eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Steidung aus Frankfurt über das Thema „Die Tarifbewegung des Deutschen Buchbinderverbandes und wie stellen sich die hiesigen Kollegen zur Verbesserung ihrer Lage?“ referierte. Redner kommt nach einer Schilderung der geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterverbände auf die Tarifbewegung der Buchbinder zu sprechen. Die letzten Erfolge unserer Tarifbewegung in den Großstädten müßten die Provinzstädte anspornen, dem nachzueifern, macht sich doch gerade in den kleinen Städten infolge der Schmutzkonkurrenz die Notwendigkeit eines Tarifs geltend. Hierauf kommt Redner auf die Darmstädter Verhältnisse zu sprechen. Die Lehrlingsausbildung lasse hier noch viel zu wünschen übrig; in Hofbuchbindereien werden noch Löhne von 15 Mk. bei einer Arbeitszeit von 10 $\frac{1}{2}$ bis 11 Stunden bezahlt. Reichen Beifall erntete der Referent für seine treffenden Worte.

An der hierauf folgenden regen Diskussion beteiligten sich u. a. Gauvorsitzender Getrost, welcher ebenfalls über die hiesigen Verhältnisse sprach, ferner Kollege Knecht, welcher die Konkurrenz der Mädchenarbeit eingehend erörterte. Schürmann (Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes) stimmt den Ausführungen des Referenten zu, erklärt jedoch, daß er es mit seiner christlichen Anschauung nicht vereinbaren könne, einer freien Gewerkschaft beizutreten; er bemerkt weiter, daß sich in Köln ein christlicher Buchbinderverband gegründet habe. — Die Anschauung dieses Herrn wurde von mehreren Rednern widerlegt.

Es werden sodann folgende Forderungen aufgestellt und beschloffen, diese den Prinzipalen zu übermitteln: Minimallohn 20 Mk., für Ausgelernte im ersten Jahre 17 Mk., Arbeitszeit 9 $\frac{1}{2}$ Stunden täglich einschließlich der Frühstück- und Vesperpausen; 5 Prozent Zuschlag für die, welche den Minimallohn von 20 Mk. schon haben; 25 Prozent Zuschlag für Überstunden, 33 $\frac{1}{3}$ Prozent für Sonn- und Feiertagsarbeit; Bezahlung der gesetzlichen Feiertage.

In einer einstimmig angenommenen Resolution verspricht die Versammlung, alles daranzusetzen, um möglichst auf gültlichem Wege die Erfüllung der Forderungen durchzubringen. Zu diesem Zwecke beauftragt sie eine zu wählende Lohnkommission, die erforderlichen Arbeiten sofort zu erledigen und in einer bald wieder einzuberufenden Versammlung über die Stellung der Prinzipale Bericht zu erstatten.

Sodann wurde eine Lohnkommission, bestehend aus den Kollegen Knecht, Dechant, Gehring, Blankenburg und Schürmann (christl.) gewählt. In seinem Schlußwort ermahnte Referent die Anwesenden, sich auf keine persönlichen Unterhandlungen einzulassen, sondern die Prinzipale an die Lohnkommission zu verweisen und gegenüber diesen sowie allen indifferenten Kollegen den größten Anstand zu bewahren.

In unserer Zahlstelle, welche jetzt 34 Mitglieder zählt, herrscht infolge der Lohnbewegung große Einigkeit und kann man daraus auf guten Erfolg schließen. Hoffentlich gelingt es uns, den noch fernstehenden Kollegen durch Taten zu beweisen, welchen Nutzen der Verband für die Gesamtheit, insoweit auch für jeden einzelnen hat.

Köln. In der von der Lohnkommission einberufenen öffentlichen Versammlung am Sonntag den 1. November, welche von 140 Kollegen besucht war,

erstattete Kaiser im Auftrag der Kommission Bericht über die mit den Prinzipalen gepflogenen Unterhandlungen und verlas nach einigen einleitenden Ausführungen die Antwort derselben. An erster Stelle wurde ein Schreiben des Vorsitzenden vom Verein Rheinisch-Westfälischer Buchdruckerbesitzer verlesen, worin von der Kommission unter anderem ein namentliches Verzeichnis der organisierten Buchbinder Kölns einzureichen gefordert wurde, welches Ansuchen aber von der Lohnkommission ebenso höflich wie entschieden abgelehnt worden ist. Nach einem dreimaligen Briefwechsel hat man von der Einreichung des Verzeichnisses Abstand genommen und gleichzeitig die Bitte ausgesprochen, das Protokoll vom 1. November einzusenden und die Zahl der Versammlungsbesucher anzugeben. Des weiteren wurden noch drei weitere eingegangene Schreiben bekannt gegeben, wovon zwei in der Hauptsache zustimmend und eins ablehnend gehalten war mit dem Hinweis auf den schlechten Geschäftsgang. Redner sieht es als ein sehr gutes Zeichen an, daß die Prinzipale sich mit den Forderungen der Gehilfen befaßt haben und denselben näher getreten sind.

Die an den Bericht sich anschließende Diskussion war sehr lebhaft und gaben sämtliche Redner der Hoffnung Ausdruck, daß diese ganz minimalen Forderungen von den Prinzipalen bewilligt würden.

Es wurde der Antrag eingebracht, noch vier weitere Kollegen in die Lohnkommission zu wählen und zwar je einer aus den vier größten Werkstuben am Orte. Die Versammlung erklärte sich einstimmig damit einverstanden.

Folgende Resolution wurde eingebracht und kam einstimmig zur Annahme:

Die am 1. November stattgefundene, von 140 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Kommission einverstanden und hofft, daß die Prinzipale unseren mäßigen Forderungen ihre Zustimmung nicht versagen werden.

Hierauf wurden noch verschiedene Mißstände in Werkstuben zur Sprache gebracht. — Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Kaiser, worin er auf den Nutzen und Zweck der Organisation hinwies, und die Anwesenden ermahnte, getreu dem Wahlspruch „Ein einzig Volk von Brüdern“ zu sein und alle Vorurteile gegen den Deutschen Buchbinderverband fallen zu lassen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die von gutem Geist besetzte Versammlung.

Wannheim. Nachdem man bereits in vielen Zahlstellen unseres Verbandes, dem Drange der Zeit folgend, sich ernstlich damit befaßt, ob es auch in einer minder guten Geschäftskonjunktur angängig sei, den Versuch zu machen, zeitgemäße Forderungen zu stellen, die sich hauptsächlich auf Festlegung eines Minimallohns, Reduzierung der Arbeitszeit auf 9 Stunden beziehen, und man bereits in einer größeren Anzahl Orte zur Direktive überging, hat auch die Zahlstelle Mannheim in aller Stille dieselben Erwägungen und Vorberatungen gepflogen.

Bereits am 17. Oktober konnte der Vorstand der Zahlstelle der Versammlung den Vorschlag machen, zur Prüfung der ganzen Sachlage und zwecks Einleitung zur Betreibung der nötigen Vorarbeiten eine Lohnkommission von sechs Mitgliedern zu wählen. Die gewählte Kommission beschloß in ihrer ersten Sitzung, den Gauvorstand zu ersuchen, ihr mit Rat und Tat beizustehen, was vom Gauvorstand bereitwilligst zugefagt wurde. Es folgte nun eine lebhafteste Tätigkeit, welche sich in erster Linie auf Sitzungen der kombinierten Kommission und Werkstubeitzungen erstreckte. Nach kaum vierzehntägiger Tätigkeit war die Lohnkommission in der Lage, mit vollständigem Material ausgerüstet, der hierzu besonders einberufenen Generalversammlung vom 31. Oktober berichten zu können. In dieser Versammlung waren 48 Verbandsmitglieder anwesend und durfte man hoffen, daß der Bericht der Lohnkommission, sowie die Frage, ob wir in eine Bewegung eintreten wollen, ausgiebig beraten werden konnte. Aus dem genau detaillierten Bericht entnehmen wir auszugsweise folgendes: Der Minimallohn beträgt zurzeit 20 Mk.; in Buchbindereien arbeiten ein Volontär und sechs jüngere Gehilfen unter dem bisherigen Minimallohn, während die übrigen, sowie sämtliche in anderen Betrieben

befchäftigten Kollegen den Minimallohn und darüber hatten. Der Durchschnittslohn der in Buchbindereien arbeitenden Kollegen beträgt 22,30 Mk., der in Buchdruckereien 23,35 Mk., in Versicherungsgesellschaften 25,45 Mk. und in diversen anderen kaufmännischen und industriellen Betrieben 24,55 Mk. In Ludwigshafen beträgt der Durchschnittslohn in Buchbindereien circa 23,35 Mk., in Buchdruckereien 23,33 Mk., insgesamt für beide Städte 23,58 Mk. Diese Zahlen ergaben sich von 95 zurzeit beschäftigten Kollegen. Die Kommission glaubte auf Grund dieser Zahlen befürworten zu können, daß in erster Linie eine ziemlich Erhöhung des Minimallohnes eintreten könne, ohne befürchten zu müssen, dadurch auf allzugroßen Widerstand zu stoßen; sie formulierte die Forderungen wie folgt:

1. Der Minimallohn für Ausgelernte beträgt für das erste Halbjahr nach der Lehrzeit 18 Mk., für das zweite Halbjahr 20 Mk. Nach Beendigung des ersten Gehilfenjahres tritt der Minimallohn von 23 Mk. in Kraft. Denjenigen Gehilfen, welche gegenwärtig mit 23 bis 28 Mk. entlohnt werden, bitten wir einen Zuschlag von 5 Prozent zu gewähren.

2. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden exklusive der Frühstück- und Wesperrufen.

Die im Jahre 1896 eingeführte Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage wird hierdurch nicht berührt, ebenso bleiben die Ueberstundenzuschläge von 33 $\frac{1}{3}$ Prozent bis 10 Uhr abends und 50 Prozent nach 10 Uhr abends und Sonntags in voller Kraft.

Nach langer Debatte, in welcher alle Einzelheiten durchberaten waren, wurden diese Forderungen fast einstimmig angenommen. Auf Antrag der Lohnkommission wurde ferner beschlossen, auf Sonntag den 8. November eine öffentliche Buchbinderversammlung einzuberufen, welcher diese Forderungen ebenfalls unterbreitet werden sollen. Als Referent beschloß man einstimmig, den Verbandsvorsitzenden Dietrich aus Stuttgart zu ersuchen, das Referat zu übernehmen, welchem Verlangen derselbe bereitwillig nachkam.

Die infolge dessen am 8. November stattgefundene öffentliche Buchbinderversammlung war überaus zahlreich besucht, auch von einer bescheidenen Anzahl unserem Verband noch Fernstehender. Nach stattgehabter Bureauwahl erhielt Dietrich das Wort. Dem über anderthalb Stunden dauernden Vortrag wurde die größte Aufmerksamkeit gezollt. In leichtverständlicher Weise legte der Referent die Notwendigkeit dar, daß alle Kollegen und Kolleginnen sich organisieren müssen, um dadurch eine geschlossene Macht zu bilden, gegen welche das Unternehmertum nicht ankämpfen vermag. Auf diese Weise sei es möglich zu machen, den gerechten und zeitgemäßen Forderungen der Arbeiter den nötigen Nachdruck zu verleihen. Man wolle unsererseits nicht den Kampf provozieren, sondern man sei gerne zu Unterhandlungen bereit, wenn ein ziemlicher Schritt vorwärts damit getan werden könne. Stellen sich jedoch die Arbeitgeber jedem Versuch auf Verbesserungen entgegen, indem sie Unterhandlungen ablehnen und sich weigern, die Lohnkommission zu empfangen, dann schrecken wir auch nicht vor Anwendung des schärfsten Mittels, des Ausstandes, zurück. Dem Referenten wurde lebhafter Beifall gespendet. Nach längerer Diskussion ergab die Abstimmung die Annahme sämtlicher bereits aufgeführter Forderungen. Es wurde noch bekanntgegeben, daß die Prinzipale am Montag den 9. November im Besitz der Forderungen seien, worauf nach einigen weiteren Aufklärungen die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen wurde.

Braunschweig. In der am 31. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung, zu welcher sämtliche nichtorganisierte Kollegen eingeladen waren, stand als erster Punkt auf der Tagesordnung: „Wie stellen sich die hiesigen Kollegen zu einer eventuellen Lohnbewegung?“ Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Erläuterung über Zweck, Ziele und Nutzen des Verbandes, und forderte die Nichtmitglieder auf, sich dem Verband anzuschließen. Hierauf führte Kollege Währe aus, daß er die Zwecke und Ziele des Verbandes eingehend geprüft habe und zu dem Entschluß gekommen sei, daß es unbedingt nötig ist, daß sich die Kollegen zusammenschließen; er unterstützte die Aufforderung des Vorsitzenden, indem er den übrigen mit gutem Beispiel voranging und sich sofort aufnehmen ließ.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und stellte Geißler die Anfrage, ob die Kollegen gewillt seien, in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten. Nachdem sich hierzu mehrere Kollegen geäußert hatten und von allen betont war, daß es hohe Zeit sei, die hiesigen Verhältnisse etwas aufzubessern, wurde einstimmig beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Gauvorsitzende Kornacker wünschte der Zahlstelle zu diesem Unternehmen die besten Erfolge und ermahnte die Anwesenden, fest zur Fahne zu halten und nicht im letzten Augenblick wankelmütig zu werden. Hiernach wurden folgende Forderungen aufgestellt: Für Ausgelernte im ersten Jahre 18 Mk., nach einjähriger Tätigkeit 21 Mk.; 10 Prozent Zuschlag für diejenigen, welche bereits 21 Mk. erhalten. Für Überstunden 33 $\frac{1}{3}$ Prozent, Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag. Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und volle Bezahlung der Feiertage. Als Lohnkommission wurden Geißler, Schöffler, Bergmann, Währe und Wolters gewählt. Nachdem noch die örtlichen Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Dresden. In unserer letzten Versammlung am 18. Oktober wurde zuerst der Geschäfts- und Kassenbericht erledigt. Eine Zunahme von 80 Mitgliedern ist festzustellen, so daß 230 männliche und 95 weibliche, zusammen 325 Mitglieder am Orte sind.

Um die Kollegenschaft für die Arbeiten der statistischen Kommission zu interessieren, sollte eine Aussprache über diesen Punkt stattfinden. Allein der Zweck wurde vollständig verfehlt, weil es zwei Verbandskollegen gefallen hat, in der ungehörigsten Weise Quertreibungen zu machen. Man höre: In Dresden werden die miserabelsten Löhne gezahlt, wird noch 10 und 11 Stunden gearbeitet, mit einem Worte: Dresden ist Buchbinder-Pommern. Das weiß man nun nicht erst seit heute und gestern, o nein; schon seit vielen Jahren ist die Leitung der hiesigen Organisation bemüht, Zustände zu schaffen, die nicht beschämend sind. Alles mögliche wurde versucht; vergebens. Jedoch durch die Erfolge unserer Organisation in anderen Städten ermutigt, regen einige Kollegen ein nochmaliges energisches Vorgehen an. Sie fanden Zustimmung. Eine Versammlung setzte eine Kommission ein, die die Aufgabe hatte, auf dem Wege statistischer Erhebungen Material zu sammeln. Seit einem halben Jahre kommen allwöchentlich 13 Kollegen zusammen, beraten bis nach Mitternacht, welche Wege am sichersten zum Ziele führen, opfern ihre freie Zeit auch noch mittags, abends und Sonntags damit, daß sie Unorganisierte besuchen, um sie für unsere Bestrebungen zu gewinnen, wie die Missionäre die Heiden; kurzum, sie sind unter der Parole: „Vorwärts in Dresden“ bei der Arbeit.

Ein Mitglied der Kommission erstattete Bericht über ihre bisherige Tätigkeit und fordert alle Kollegen auf, sich an den Arbeiten, deren es in Hülle und Fülle gibt, zu beteiligen. Hier nahm der kürzlich erst zugereiste Kollege Schüller Gelegenheit zu beweisen, wie wenig organisatorisches Talent er besitzt. Er hält solche Arbeiten für überflüssig, redet, brüllt vielmehr vom Losschlagen und von allem möglichen. Würdig an seiner Seite kämpft der etwas länger am Orte weilende, jedenfalls aber über die Dresdener Verhältnisse ebenso schlecht orientierte Kollege Zimmermann. Er melbet sich fast hinter jedem Redner zum Worte, erhält es auch, beklagt sich aber trotzdem über zu wenig Redefreiheit und läßt seinen Geist sprudeln, daß einem angst und bange wird. Alles Widerlegen nützt nichts. Umsonst werden ihnen von fünf, sechs Kollegen die Verhältnisse am Orte geschildert. Schüller und Zimmermann wissen es besser; sie operieren mit Weiberkatsch, wie: die der Kommission angehörenden Kollegen hätten die bestbezahltesten Stellen inne und deshalb ein Interesse daran, daß die Lage dieselbe bleibe (!), regen sich darüber auf, daß nicht der Obmann, sondern ein anderes Mitglied der Kommission berichtet, und vermuten dahinter schreckliche Geheimnisse. Sie können absolut nicht begreifen, daß zum Kriegsführen auch Truppen gehören und daß diese Truppen erst gesammelt werden müssen.

Es ist gewiß anzuerkennen, wenn zugereiste Kollegen ihr Interesse der Bewegung am Orte zuwenden, mitarbeiten, mitberaten; geschieht dies aber in der eben geschilderten Weise und noch dazu

systematisch, so muß man, wenn man nicht behaupten will, die beiden Kollegen treiben absichtlich der Quere, mindestens annehmen, es sei ihnen nur darum zu tun, ihre Person in den Vordergrund zu rücken.

In anderen Orten wird man denken, ähnliches kommt bei uns auch vor, da gehen wir drüber hin und überlassen derartige Weltverbesserer ihrem Schicksal. In Dresden ist die Sache nicht so einfach. Ganz richtig führte ein Redner aus, „daß wir hier gar nicht fertig werden mit dem Reinigen“. Raum ist ein „Kratzsch“ zu Ende, da sorgt irgend ein Geistesheld für neuen. Daraus ergibt sich, daß auf diese Weise gesätetes Mißtrauen immer neuen Nährboden findet und ein Weiterkommen kolossal erschwert. Deshalb sind diese Ausführungen in unserem Organ notwendig; die hiesigen Kollegen sollen dadurch gewissermaßen vor die Frage gestellt werden, ob sie gewillt sind, unsere Versammlungen als Lungen- und Zungenprüfer einzeln gehen zu lassen oder ob sie dazu da sind, durch rege Diskussion, durch sachlichen Meinungsaustausch zu lernen, zu begeistern und die Bewegung zu beleben. Die Kommission selbst hat nicht etwa an Arbeitslust verloren, sie wird emsig weiter arbeiten; sie hat aber ein Interesse daran, daß solche, man möchte fast sagen Besudlungen durch einzelne Personen von der Kollegenschaft, in deren Interesse sie tätig ist, energisch zurückgewiesen werden.

Aus dieser Schilderung dürfte sich unschwer herauslesen lassen, daß nicht persönliche Motive bei Abfassung dieser Zeilen maßgebend waren, sondern das Bestreben, alle Hindernisse, die sich der Erreichung des Zieles: Verbesserung unserer Lage, in den Weg stellen, zu beseitigen. Die hierbei helfen wollen, haben die Pflicht, unter Hintanzetzung ihrer persönlichen Interessen — mögen sie heißen wie sie wollen, es werden immer egoistische sein — der Organisation zu dienen. Welcher Weg der beste ist, das kann nicht der einzelne bestimmen, wohl aber kann er ihn mit suchen. Wer sich hiernach nicht richtet, hat das Recht verweigert, als ehrlicher Kollege geachtet zu werden. Mag vorstehendes dazu beitragen, begangene Fehler gut zu machen und nicht etwa neue den alten hinzuzufügen.

Mainz. Samstag den 7. November hielten wir unsere vierteljährliche Generalversammlung ab. Dieselbe erfreute sich eines guten Besuchs. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, mußte an Stelle des fehlenden Schriftführers ein solcher gewählt werden und wurde Pöcher dazu bestimmt. Den Geschäftsbericht gab Rämnik. Es fanden statt 1 General- und 5 Mitgliederversammlungen, welche durchweg gut besucht waren. In diesen wurden Verbandsfragen erledigt. Außerdem feierte die Zahlstelle ihr fünfjähriges Stiftungsfest am 11. Oktober, welches sehr gut verlief. Leider hatte es nicht den agitatorischen Zweck, dem es dienen sollte. Den Kassenbericht gab Gasmann. Es bilanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse mit 151,77 Mk. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 185,44 Mk., welcher als guter bezeichnet werden kann. An die Hauptkasse wurden 25 Mk. abgeführt. Der Mitgliederbestand hat sich etwas gehoben und beträgt zurzeit 25. Gestrichen wegen Nesten wurden Tenbrück und Steinbrunn (Stuimacher). Erfreulicherweise sind die Beiträge regelmäßig entrichtet worden, es reffiert im Durchschnitt jedes Mitglied eine halbe Woche, gewiß ein gutes Zeichen. Den Bibliotheksbericht gab Pöcher. Die Bibliothek umfaßt annähernd 100 Werke und wurde von 12 Kollegen 17 mal benützt. Kassenbestand 2,50 Mk. Imhof gab sodann ausführlich den Kartellbericht. Über unsere nächste Agitation sprach hierauf Rämnik, der dabei auch unsere hiesigen Arbeitsverhältnisse beleuchtete; er konstatiert dabei, daß die hiesigen Kollegen wohl nicht auf Rosen gebettet sind, wenn noch Löhne von 12 bis 14 Mk. vorkommen, es sei beschämend für die hiesigen Kollegen, daß sie in dieser Beziehung noch nichts getan hätten, um sich den Kollegen anderer Städte gleichzustellen. Speziell sind es die älteren Kollegen, welche früher meistens auch Mitglieder waren, heute aber abseits stehen, möchten doch auch sie wieder vereint mit uns kämpfen. Eine rege Debatte folgte diesen Ausführungen, in der sich sämtliche Redner darin einig waren, daß jetzt die Agitation mit vollem Nachdruck betrieben werden mußte. Eine sechsgliedrige Agitationskommission

wurde gewählt, welche vorerst alle großen Werkstufen agitatorisch bearbeiten soll. Einem Vorschlag der Zahlstelle Offenbach, für Abhaltung eines Gantags Propaganda zu machen, konnte die Versammlung nicht zustimmen, da erstens nächstes Jahr der regelmäßige Gantag sowieso stattfindet und zweitens wurde den Gantagen nicht allzuviel Wert und Nutzen beigemessen, es solle die Agitation von den Zahlstellen selber energischer betrieben werden, um dem Gauvorstand Zeit und Mühe zur Agitation in Nichtzahlstellen zu lassen.

Mülheim-Ruhr. Samstag den 31. Oktober wurde in einer Versammlung über die Essener Konferenz beraten. Nach einer längeren Diskussion wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die organisierten Kollegen der hiesigen Zahlstelle schließen sich der Essener Resolution betreffend Anstellung eines besoldeten Gauleiters an. Es gäbe gerade im Rheinland eine große Zahl unorganisierter Kollegen. Städte, wo 50 bis 60 Gehilfen beschäftigt sind, hätten heute noch keine Zahlstelle. Da wäre es doch im Interesse des Verbandes nötig, daß diese Plätze bearbeitet würden; der Nutzen für unseren Verband würde nicht ausbleiben. — Ferner wird der Verbandsvorstand ersucht, möglichst bald einen Verbandstag einzuberufen, damit die Krankenkassenangelegenheit geregelt wird.

Die nächste Versammlung der hiesigen Zahlstelle wird zum Zwecke einer wirksamen Agitation in Oberhausen abgehalten. Wann und wo wird durch Zirkular bekannt gegeben.

Zur Gründung einer Bibliothek in unserer jungen Zahlstelle möchten wir die Kollegen bitten, Bücher, welche für sie wertlos, für uns aber vielleicht noch von Nutzen sind, einzufinden an die Adresse: Jof. Kopitzsch, Mülheim-Ruhr, Gerberstraße 15. Unseren besten Dank im Voraus.

Vielefeld. Am 31. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Dem Geschäftsbericht, welchen der Vorsitzende Heitmeier gab, ist folgendes zu entnehmen: Im Laufe des 3. Quartals fanden eine General- und vier Mitgliederversammlungen statt, deren Besuch ein mittelmäßiger war. In einer dieser Versammlungen referierte Kollege Güth über unsere Lohnverhältnisse am Orte nach Angaben unserer Statistik. Der Mitgliederstand, welcher am 1. Juli d. J. 101 betrug, hat um 3 abgenommen. Den Kassenbericht gab Fischer. Die Krankenkasse hatte an Einnahmen inklusive Bestand 418,60 Mk., Ausgaben 208,46 Mk., verbleiben 210,14 Mk., welche an die Hauptkasse abgehandelt sind. Die Lokalkasse hatte Einnahmen inklusive Bestand 165,43 Mk., Ausgaben 63,14 Mk., demnach Bestand am 1. Oktober 102,29 Mk. Aus der Lokalkasse wurden zwei kranke Kollegen mit 9 Mk., sowie mehrere durchreisende Ausgesteuerte mit insgesamt 6,75 Mk. unterstützt.

Von der Bibliothek berichtet Hornmann, daß die selbe aus 156 Bänden besteht, wovon durch 30 Kollegen 33 Bücher gelesen wurden. Vom Agitationskomitee berichtet Güth, daß im letzten Quartal fünf Werkstufenversammlungen abgehalten worden sind, wobei verschiedene Aufnahmen erzielt wurden. Als Schriftführer wird an Stelle Butemuth Schippmann, in das Agitationskomitee an Stelle Schulz, welcher abreist, Hornmann und als Revisor für Hornmann Schmidt gewählt.

Sodann wurde beschlossen, im Lokale des Herrn Indiestel in nächster Zeit ein Herbstvergügen abzuhalten. Als Kommission, welche die nötigen Arrangements zu erledigen hat, werden Güth, Hornmann, Gehring, G. Dieckhöner und Hornmann gewählt. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Sagen i. W. Die am 23. Oktober stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den Anträgen der Essener Konferenz. In kurzen Worten gab der Vorsitzende, der der Essener Konferenz beigewohnt hatte, Bericht über die einzelnen Anträge. Er schilderte die Notwendigkeit der Anstellung eines besoldeten Gauvorstehenden und teilte auch die Bedenken mit, welche dieser Antrag zur Folge haben wird. Die Kollegen erkannten die Schwierigkeiten dieses Antrags wohl an, erklärten aber die Einsetzung eines besoldeten Gauvorstehenden gerade für den 10. Gau als durchaus notwendig, sollte dieser Gau, das Schmerzenskind des ganzen Verbandes, emporblühen. Danach wurde die Essener Resolution einstimmig angenommen.

Über den zweiten Antrag, betreffend Einrichtung eines allgemeinen Arbeitsnachweises für den 10. Gau mit der Zentrale Essen, stimmten sämtliche Mitglieder dafür und gaben den lebhaften Wunsch zum Ausdruck, daß dieser Antrag auch bald zur Tat werde. Nach Erledigung weiterer kleineren Anträge schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Berlin. Am 28. Oktober war Fortsetzung der Generalversammlung, die sehr stark besucht war. Den ausgeperrten Berliner Metallarbeitern wurden zunächst 300 Mk. bewilligt. Auf Vorschlag der Ortsverwaltung wurde zum unparteiischen Leiter der Versammlung Paul Schneider bestimmt, welcher die noch bestehende Rednerliste verlas.

Erster Redner ist Lustig: Zu der von uns einberufenen Konferenz sind die bestorganisierten Kollegen der Meinung gewesen, daß Korruption existiere. In dem Flugblatt, das die Ortsverwaltung herausgab, werden wir angeklagt, wir sollten unsere Anklagen beweisen, oder wir seien Berleumder; nur den uns persönlich bekämpfenden Teil der Ortsverwaltung trifft unser Vorwurf. Es sei Korruption, wenn Brückner früher durch seine Hausarbeit einen anderen Kollegen verdrängt habe. Redner verbreitet sich weiter über die einzelnen Kollegen zugewilligte, anderen verweigerte Unterstützung, ferner über die Leipziger Zusammenkunft und deren Unzulässigkeit, die einer der Delegierten erkannt habe, der sofort zurückkam, während die beiden anderen weiter das Pflaster Leipzigs getreten hätten. Der von der öffentlichen Versammlung (Nr. 36 der „Buchbinder-Zeitung“) gegebene Bericht und die in Nr. 42 daran geknüpften Schlüsse seien falsch. Es sei eine Überraschung ohne Ende. Das alles sei Korruption. Die Empörung habe Platz gegriffen und ihren Ausdruck gefunden.

Bergmann: Jede Organisationsleitung wird Kritik entgegennehmen, und durch eine in sachlicher Weise geführte Opposition kann der Verband gewinnen. Zur Herausgabe des Flugblattes waren wir gezwungen, da die zuvor stattgehabte Konferenz schweres Material gegen uns bringen wollte; nun denn heraus damit! Es ist nicht üblich, im Verband einen besonderen Geheverein zu gründen. Tragen Sie Ihre Beschwerden der Generalversammlung vor, da können die von Mund zu Mund sich fortpflanzenden Gerüchte über Defizits, Unordnung im Bureau und dergleichen sofort widerlegt werden. Mir wird vorgeworfen, ich hätte gesagt, 25 Mk. für einen Buchbinder im „Vorwärts“ wären genügend. Das ist nicht wahr. Im Gespräch mit Paul Schneider (Werkführer der Buchbinderabteilung) habe ich betont, daß wir erwarten, ein Buchbinder wird dort mit 27 Mk. entlohnt. Bei Ausbissarbeiten für Janischenski, die öfter sich bis zu einem halben Jahre hinziehen, da tritt allerdings der Tarif in Kraft. Was für Verdrehungen werden nicht in die Welt geschleudert?! Bei jeder Gelegenheit wird mir mein hohes Gehalt vorgeworfen. Würden Sie so gleichgültig sein bei beständigem Hinweis Ihres Arbeitgebers auf den so teuer erworbenen Verdienst? Ebenso die immense Bereicherung durch die Nebenbeschäftigung als Gewerbegerichtsbeisitzer, als welcher ich früher die Vertretung selbst zahlte, bis eine Generalversammlung anders beschloß. Meine und Brückners Diktaturgelüste bestehen nur darin — unsere Ortsverwaltungsmitglieder wechseln von Jahr zu Jahr —, daß uns langjährige Erfahrungen zur Seite stehen, die uns zwingen, Direktiven zu geben, welche den Verband vor Schaden bewahren, und trotzdem ist jedes einzelnen Meinung oft genug überstimmt worden. Ferner wird behauptet, Pitacco habe zur Geschäftsgründung Verbandsgelder erhalten und dafür hätten wir Weispensden bekommen. Im November 1901 bekam er eine Unterstützung von 35 Mk., im März 1902 eröffnete er ein Geschäft. — Überführt man Sie eines solchen Widersinns, dann heißt es: Das hat er als nachträgliche Belohnung getan. Ist denn das eine Beweisführung? Seit Jahren geht die persönliche Hege gegen mich und Brückner, wobei man letzterem noch den Vorwurf macht, daß er als Krankenkassenbeamter über die notwendige freie Zeit verfügt, um für den Verband einzutreten, Verhandlungen zu führen usw. Aus reiner Oppositionslust werfen Sie sämtlichen Funktionären bis zu den Werkstufen-Vertrauensleuten Korruption vor, ohne zu wissen, wie schwer es hält, passende Kräfte für jeden zu besetzenden

Posten zu finden. Wir haben nicht die Öffentlichkeit zu scheuen.

Schielemann verteidigt die Vertrauensleute gegen die wider sie erhobenen Vorwürfe. Für die verschiedenen beschiedenen Konferenzen sei die Anzahl unserer Kollegen nicht zu hoch gewesen, da von Leipzig und Stuttgart zwei bis drei Mann mehr anwesend waren. Von der dem Verband noch schuldbenen größeren Summe eines Vertrauensmannes sei die größere Hälfte abgezahlt, bei einer sofortigen Bloßstellung hätten wir das Nachsehen gehabt.

Bachmann behauptet, die ihm zugemutete Äußerung sei vollständig verdreht worden.

Sost als Vorsitzender der Ortskrankenkasse ist überrascht, derartige Beschuldigungen zu hören. Mit allgemeinen Redensarten sei nichts getan, aber hier so wenig wie im Verband könne man auch nur den Schatten eines Beweises für die erhobenen Anklagen liefern. Man habe feinerzeit nicht höhere Unterstützung und niedrigere Beiträge versprochen, das sei ein Unding, da neben vielen anderen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse mitsprächen. Über den Kassenbeamten zu gewährenden Urlaub habe der Vorstand zu beschließen. Was hätten wohl die organisierten Arbeiter gesagt, welche durch ihren Vertreter einen Kongreß besichtigen wollen und die Krankenkasse verweigere denselben die erforderliche Zeit? Der Gewerkschaftenverein habe einen Fonds, aus dem besonders Bedürftige Zuschüsse erhalten zu einer vom Arzte empfohlenen Reise, zum Aufenthalt im Luftkurort und dergleichen. Hier habe Pitacco 170 Mk. zugewilligt erhalten, deren erste Hälfte Betreffender nach seiner dortigen Ankunft erhält und den Rest später. Da ihm nun das Geld zur notwendigen Reise fehlte, so wandte er sich an den Verband um ein Darlehen. Das wird dann als Korruption bezeichnet. Unwahr sei auch, daß ein Vertrag bestünde, den Kranken nur billige Medikamente zu verordnen. § 39 schreibt vor, den Erkrankten so zu behandeln, daß die beste, sicherste und schnellste Heilung erfolgt. Gante sei während einer Erkrankung drei- bis viermal in einer Kneipe getroffen worden und den seine Pflicht erfüllenden Beamten habe er als Spitzelkontrollleur bezeichnet; daraufhin habe er die Korruption in der Krankenkasse entdeckt.

Ronrad sagt, daß Brückner den Fehler begangen habe, über die Opposition persönliche Urteile zu fällen, dadurch habe sich die Sache in voriger Versammlung zumunsten der Ortsverwaltung verschoben. Brückner und Bergmann hätten das kollegiale Gefühl verloren, daher die Antipathie gegen sie.

Fritz sieht in allem nur persönliche Reibereien. Mißstände seien vorhanden, doch ist niemand fehlerfrei. Die Sitzung sei abgehalten, um in der Versammlung etwas vorzubringen. Es ist gegen die Organisation gearbeitet worden hinter den Kulissen und die Opposition zielt auf Spaltung des Verbandes hin. Schmor schließt sich derselben Ansicht an.

Schmitz, Wilhelm, Fr. Rschemin richten ihre Angriffe gegen die Ortsverwaltung. Aug. Schmidt verteidigt dieselbe.

Gante meint, daß vieles auf Mißverständnissen beruhe. Er wolle das Wort Korruption in milder Form angewendet wissen, während die Ortsverwaltung darin den schärfsten Ausdruck finde. Durch die heutige kluge Taktik sei die Stimmung dem Vorstand günstig. Ist der Vorstand gewillt, die Hand zum Frieden zu reichen, so wollen wir die Streitart begraben.

Im Schlußwort bemerkt Brückner, daß Böswillige in einer Minute mehr behaupten, als andere in Stunden widerlegen können. Weit zurück habe man gegriffen, um Korruption nachzuweisen zu wollen. Der gegen uns gerichtete Vorwurf veranlaßte das Flugblatt. Anders zu handeln wäre Pflichtverletzung gewesen und darum haben wir die Mitglieder zur Urteilsfassung aufgerufen.

Folgende Resolution wurde mit großer Majorität angenommen:

„Die Generalversammlung spricht ihr tiefstes Bedauern über die unlautere Kampfweise einzelner Kollegen aus. Sie bedauert es um so mehr, weil keine Beweise erbracht sind, die der Ortsverwaltung den Vorwurf machen können, daß sie das Interesse des Verbandes in irgend einer

Weise geschädigt hätte. Es ist vielmehr anzunehmen, daß es einzelnen Mitgliedern, die noch nie etwas Positives geleistet haben, nur darauf ankommt, Kollegen, die bisher das volle Vertrauen der gesamten Kollegenschaft besessen haben und für die Entwicklung des Verbandes nur Anerkennung verdienen, zu verunglimpfen. Die Versammelten sprechen ihr vollstes Vertrauen zur Ortsverwaltung aus, gleichzeitig die schärfste Verurteilung über das Gebahren der Kollegen Hanke, Wilhelm, Lustig, Schmitz, da daselbe als nicht im Interesse des Verbandes bezeichnet werden muß."

Strasburg. In der am 24. Oktober stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Zabel den Geschäftsbericht. Im dritten Quartal fanden statt 1 General- und 5 Mitgliederversammlungen, 4 Werkstuden-, 4 Lohnkommissions- und 4 Vergütungskommissionsitzungen. Der Besuch der Versammlungen ließ viel zu wünschen übrig, die Werkstudenitzungen waren befriedigend besucht. Eine am Orte vorgenommene Urabstimmung über die Einführung einer vierteljährlichen Extrasteuer von 10 Pf. ergab die Annahme derselben mit 25 gegen 2 Stimmen. Grund zur Einführung derselben war der mangelhafte Verkauf von den auf unsere Gewerkschaft entfallenden Zahl Baufondsmarken zwecks Errichtung eines Gewerkschaftshauses, so daß wir im letzten Quartal genötigt waren, dazu 4 Mk. aus der Lokalkasse zu zahlen. Die Sache rief überhaupt lebhafteste Debatten hervor. — Die in der letzten Generalversammlung gewählte Lohn- und Agitationskommission sah sich infolge der schlechten Geschäftszeit zu Anfang des Quartals veranlaßt, ihre Arbeiten einzustellen, ist jedoch jetzt in voller Tätigkeit und hofft, in nächster Zeit erfreuliche Resultate bekanntgeben zu können.

Auf Anregung wurde beschlossen, auch in diesem Jahre ein Stiftungsfest abzuhalten, welches am 17. Oktober stattfand und vorzüglich verlaufen ist, was zum großen Teil dem Mitwirken mehrerer Kollegen zuzuschreiben ist, denen an dieser Stelle nochmals Anerkennung gezollt sei.

Betreffs der paritätischen Ausgestaltung des hiesigen städtischen Arbeitsnachweises wurde nach erfolgter Diskussion der Kartelldelegierte beauftragt, die Angelegenheit im Kartell zu befürworten. — Die Berichte vom Kartell werden regelmäßig entgegengenommen und ist daraus zu bemerken, daß die Gründung eines Arbeitersekretariats in Erwägung gezogen wurde, jedoch ist davon in Anbetracht der örtlichen Verhältnisse abgesehen worden.

Der Mitgliederstand war am Schlusse des zweiten Quartals 29 männliche, 14 weibliche, am Schlusse des dritten Quartals 32 männliche, 7 weibliche Mitglieder.

Den Kassenbericht gab Bret. Die Verbandskasse erzielte an Einnahmen 197,18 Mk., die Ausgaben beliefen sich auf 156,84 Mk., bleibt Bestand 40,34 Mk. Die Lokalkasse hatte 85,34 Mk. Einnahmen und 34,91 Mk. Ausgaben, Bestand 50,43 Mk.

Der Bibliothek wurden 6 Bücher entliehen. Der Kassenbestand beträgt 15,63 Mk.

Nachdem Welly den Kartellbericht gegeben, referierte Zabel über den Stand der Lohnbewegungen unseres Berufs. Sodann wurde beschlossen, ein Weihnachtsgewinn zu veranstalten, und wurde eine Kommission zur Erledigung der Vorarbeiten gewählt. Darauf Schluß der von 20 Kollegen besuchten Versammlung.

Bundschau.

* Über die Lohnbewegungen in den einzelnen Städten orientieren heute die Versammlungsberichte. Von Hamburg wäre noch zu berichten, daß aus 8 Betrieben 46 Arbeiter und 9 Arbeiterinnen sich im Ausstand befinden.

* Die Firma Benziger & Co. in Siedeln (Schweiz) inserierte bei uns wiederholt nach Arbeitskräften. Den sich dann auf die Offerte Meldenden wurde von der Firma ein Fragebogen zugesandt, der nicht weniger wie 22 Fragen enthält und den Bewerber der fetten Brostfelle bis aufs Hemde über allerhand diskrete und indiskrete Familien- und Privatfachen ausfragt. So zum Beispiel wird gefragt: Welchen Vereinen gehören Sie an? Name, Beruf und Wohnort Ihrer Eltern?

Religion? Sofern etabliert gewesen, wo, wann, unter welcher Firma, in welcher Branche, Grund der Auflösung? Dürfen wir bei Ihrem gegenwärtigen Prinzipal Erkundigungen einziehen? wenn nicht, weshalb nicht? Weshalb wollen Sie Ihre gegenwärtige Stelle verlassen, oder, wenn jetzt ohne Stelle, warum verließen Sie die letzte? Wie ist Ihre Gesundheit und körperliche Konstitution? Wieviel Salair (! D. Red.) hatten Sie zuletzt? Welches Salair beanspruchen Sie? usw. Daß die also Inquirierten all die kriminalistischen Fragen, die kaum ein Spitzbube über sich ergehen lassen muß, auf ihre Art beantworteten und dabei der Firma manche Bille zu schlucken gaben, ist sehr begreiflich. Um unsere Mitglieder vor diesen Belästigungen ferner zu bewahren, sahen wir uns schließlich veranlaßt, der Firma zu eröffnen, daß wir künftig keine Inserate mehr von ihr aufnehmen. Darauf haben wir es nun mit ihr vollständig verdorben und sie sendet uns ein Schreiben zu, aus dem wir einen Teil zur Warnung unserer Kollegen hier wiedergeben. Es heißt da:

„... Es werden sich indeß noch genug Zeitungen finden, die Annoncen gerne annehmen, wo es heißt „Nichtverbandsmitglieder gesucht!“ Diejenigen Herren in den Verbänden, die sich weigern, unseren Fragebogen auszufüllen, kennzeichnen sich gerade durch das Nichtausfüllen desselben oder durch das unflätige Ausfüllen, wie es oft geschieht, am allerbesten, und sind wir dadurch sehr vielen Unannehmlichkeiten enthoben, daß wir solche Herren anstellen und nach acht Tagen wieder spedieren müßten.

Wir werden auch in Zukunft von unserem System nicht abgehen.“

Uns will scheinen, als ob die Firma sich mehr mit dem inquisitorischen Fragebogen kennzeichnet, als wie die Bewerber mit der Beantwortung der dummsprechenden Fragen. Nun ist ja beiden geholfen: Die Firma mag mit Nichtverbändlern ihr Heil versuchen und unsere arbeitslosen Kollegen sparen ihre letzten paar Pfennige, die sie bisher für ein Schreiben an die Firma unnützerweise ausgeben mußten.

* Die Firma Koch Nachf. in Heidelberg (Universitätsbuchbinderei) macht uns mit Bezug auf das Eingangs in Nr. 43, wofolbst es unter anderem heißt: „Bis jetzt waren die Verhältnisse in unserer Universitätsstadt die denkbar schlechtesten“, die Mitteilung, daß bei ihr am 24. Oktober Löhne von 39,50, 32, 31,30, 30, 30, 22, 21 Mk. usw. ausgezahlt wurden. Wir nehmen davon Kenntnis in der Hoffnung, daß die absteigende Lohnskala bei „usw.“ nicht mehr fällt.

* Hofbuchbindermeister Demuth in Berlin beging am 28. Oktober seinen 80. Geburtstag, an dem es nach den langen Berichten der Fachpresse sehr feierlich zugegangen sein muß. Ansprachen wurden gehalten vom Obermeister der Innung, der Demuth schon lange angehört, vom Vertreter des Kunstgewerbevereins, Chefredakteur des „Lokalanzeigers“, Pastor Kirms und von den nächsten Anverwandten. Glückwünsche waren unter anderem vom Obersten und vom Kommandeur des Alexander-Gardebregadierregiments und vom Adjutanten des Kaisers eingelaufen. Auf Befehl des Kaisers spielte die Kapelle des Alexander-Grenadierregiments.

* Im Crimmitschauer Weberausstand ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Obgleich der Streik schon annähernd 750 000 Mk. gekostet haben kann, fließen aus allen Gegenden Deutschlands reichlich Geldmittel. Als leuchtendes Beispiel der Opferwilligkeit seien hier die Leipziger Buchdrucker genannt, die auf Sammellisten 2238 Mk. bisher aufbrachten und 2000 Mk. aus ihrer Lokalkasse bewilligten.

* „Die Polizei ist für das Publikum da.“ Also sprach unter anderem der preussische Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, dem die Polizei unterstellt ist, auf einem Festkommers in Hannover. Nach diesem Ausspruch zu urteilen, scheint der Minister selbst der Ansicht zu sein, daß dies bis jetzt nicht immer der Fall war, sondern man bei der Polizei vielfach der Ansicht huldigte, daß das Publikum für die Polizei da sei. Möge nicht nur

die Polizei in Preußen, sondern auch die in den anderen Einzelstaaten Deutschlands stets dieser Worte eingedenk sein. Besonders sollte man auch nicht vergessen, daß der organisierte Arbeiter genau so zum Publikum gehört wie der Unternehmer oder Fabrikant.

* Die Aussperrung der Metallarbeiter in Sferlohn hat laut Ausweis die Summe von 312 355,09 Mk. gekostet. Davon zahlte die Hauptkasse des Metallarbeiterverbandes allein 219 300 Mk., 36 000 Mk. brachten die Zahlstellen des Metallarbeiterverbandes auf und rund 60 000 Mk. sind durch Listen und andere freiwillige Beiträge aufgebracht worden. Der Kampf dauerte vom 11. April bis 13. Juni. Ausgesperrt waren mehr als 3000 Arbeiter.

* Unterstützungen arbeitsloser Handwerker in Stuttgart. Dem städtischen Arbeitsamt in Stuttgart werden seitens wirtschaftlicher Verbände alljährlich Mittel zur Verfügung gestellt, um arbeitslosen und durchreisenden Handwerkern Unterstützungen zu gewähren. Im Jahre 1902 konnten auf diese Weise an 1896 Personen 2501,92 Mk. ausbezahlt werden gegen 2477,02 Mk. an 1856 Personen im Jahre 1901. Von den Unterstützungen im Jahre 1902 entfielen auf den Verein der Brauereien von Stuttgart und Umgebung 210 Mk. an 417 Personen, auf die Vereinigung der Buchbindermeister und verwandte Berufszweige 192 Mk. an 384, die Raminsegermeister 73 Mk. an 73, den Metallarbeiterverband 1772,36 Mk. an 829, den Verband der Schneider 167,56 Mk. an 106, den Verband der Tapezierer 80 Mk. an 80 und auf den Verband der Bäcker 7 Mk. an 7 Personen.

Briefkasten.

Abt.ershof. Wenn Sie sich dort in der Quittierung nicht auskennen, so bedarf es doch einer Anfrage an den Verbandskassierer und nicht deshalb eines Versammlungsberichtes.

E. W. in L. Gelegentlich werde ich von dem Schreiben verwenden, was davon zu verwenden ist, zur besseren Veröffentlichung eignet es sich nicht. Zimmerhjn besten Dank für Zufendung.

Zurückgestellt: Vierteljahrsbericht vom Gau 9, Korrespondenz Erlangen, Leipzig und Luckenwalde.

Änderungen im Adressverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten. Luckenwalde: A. Staats, Neue Friedrichstraße 16 b.

Änderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Rürnberg. A. Restauration Martburg, Weinmarkt. Brann. Z. J. Leiter, Grillowitzstraße 53; von 12 bis 1 und 6—7 Uhr. Junsbrun. Z. A. G. Burkhart, Herzog-Friedrichstraße 37 III r.; von 12 1/2—1 und 6 1/2—7 1/2 Uhr.

Anzeigenteil.

Central-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingef. H. H. S. S.) St. Leipzig. 658] [1.60

Verwaltungsstelle Annaberg. Am 22. Oktober verstarb unser Mitglieb **Bernhard Blobel** 26 Jahre alt. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Grossbuchbinderei E. A. Enders, Leipzig sucht f. sofort an Farbdruckschneidpresse einen perfekt. Presser, welcher selbständ. u. exakt arbeitet. Ferner einen Presser im Entwurf von Mustern, Abstimmung der Farben u. modernem Titelsatz durchaus bewandert. Beide Posten sind dauernd u. angenehm. Anfangsgehalt 70 Bfg. pr. St. Bewerber von nur vorzogl. Leistungen in ihrem Fach finden Berücksichtigung. 659] [2.20

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Eßlingerstraße), Sängersaal parterre [4.00]

Ausserordentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Tariffkommission.
2. Neuwahl der Tariffkommission und Wahl der Vertreter zum Tariffschiedsgericht.
3. Weitere Maßnahmen zur Durchführung des Tarifs.
4. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle in Buchbindereien z. z. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen.

661] **Die Tariffkommission. Der Vorstand.**

Zahlstelle Karlsruhe.

Samstag den 21. November, abends 8 Uhr, findet im „Apollotheater“ das

Elfte Stiftungsfest

unter gefälliger Mitwirkung des Gesangsvereins „Typographia“ statt.

Konzert, Theateraufführung, Gesang, Deklamation, Festrede und komische Vorträge.

662] Nach Schluß des Programms **Großer Ball!** [3.60]

Das überaus reichhaltige Programm stellt einen genussreichen Abend in Aussicht.

Zahlreichen Besuch erwartet

Eintritt frei! **Das Komitee.**

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc.

Verwaltungsstelle Hannover.

Sonnabend den 21. November im „Vahrenwalder Turm“

Grosses Herbstvergnügen

660] bestehend in [4.20]

Unterhaltung und Ball.

Der Ueberschuß ist für den Fonds ausgesteuerter kranker Mitglieder bestimmt.

Eintrittskarte 10 Pf. — Anfang 8 1/2 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Rasiermesser

von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit empfiehlt Fritz Hammesfahr,



Fabrik u. Versandhaus Foche b. Solingen.

D. R. G. M. * Nur bei mir zu haben.

Kronen-Diamant-Stahl Mk. 3,25

Kronen-Silber-Stahl . . Mk. 2,25

Fertig zum Gebrauch m. Etui. Für jed. Stück wird garantiert.

Streichriemen Mk. 1,— bis Mk. 1,80. Rasierpinsel, Rasierschalen

à Mk. —,50, Oelabziehlestein Mk. 2,50, Schürmisse Mk. —,30, Rasier-

seife Mk. —,25, Rasier-Garnitur komplett in f. Etui Mk. 8,—.

Versand gegen Nachnahme. Katalog mit über 3000 Abbildungen bitte zu verlangen franko und umsonst.

Achtung!

Allen Buchbindergehilfen von Berlin und Umgegend, denen es daran gelegen ist, das [1.50]

Marmorieren

gründlich zu erlernen, wollen sich melden bei

M. Busch, Berlin,

Cuvrystr. 30, vorn 1 Tr.

668]

Beginn der Lehrzeit täglich.

Ende nach vollständiger Erlernung.

Anklärende Schriften!

665a] Zur Anschaffung sehr empfohlen: [2.80]

Niutwenhuis, Die Bibel, ihre Entstehung und Geschichte, 96 Seiten brosch. 40 Pf.

Niutwenhuis, Der Gottesbegriff, seine Geschichte und Bedeutung. 80 Seiten brosch. 40 Pf.

Lütgenau, Jesuitenfrage, 84 Seiten 20 Pf.

Elomtes Städtebuch, Reiseführer durch Deutschland und angrenzende Länder mit Eisenbahn- und

Wegekarte, geb. 1,20 Mk. Porto 20 Pf.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von

G. Sionkes Verlag, Bielefeld.

Kaffee Schmale

667a] Berlin, Sebastianstraße 42. [1.40]

Hauptverkehr der Buchbinder.

Jeden Sonnabend und Sonntag

musikalische Unterhaltung.



L. Führ, Stuttgart,

664] Rotenbüßstr. 14, [1.60]

empfiehlt sein reichhaltiges

Lager federleichter, sowie

wetterfester Filzhüte, Hoch-

zeitshüte von 4 Mk. an.

Reichhaltige Auswahl in neuesten Moden.

Allen a. G. Ein in bester Lage befindlicher **Laden**, in dem bisher eine Buchbinderei betrieben wurde, ist per 1. Januar anderweitig zu vermieten.

Off. unt. **O. K. 222** an Haasenstein & Vogler, A.-G., Magdeburg. 668.] [1.20]

Buchbinder,

welcher in stande ist, das Personal meiner Buchbinderei, Abteilung Geschäfts- und Kontobücher, selbständig zu leiten, mit der Einteilung der Arbeit bestens vertraut ist und marmorieren kann, wird per sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an 669] [2.00

Rheinische Geschäftsbücherfabrik
G. Mannebach, Bonn a. Rh.

20 Mark Belohnung

erhält diejenige Person, welche mich schriftlich unterrichtet, wie in Berliner Geschäften rationell

Hutfutter

gedruckt werden. 670] [1.00
Off. unter „Hutfutter“ an die Exped. dieser Zeitung.

Eugen Boluminski

Spezialgeschäft für Hand- und Präzisionsgoldung
671a] Berlin, Schützenstraße 61 [1.20]

Ausführung: schnell, sauber und billig.

Ge-

schäftsverkän-

fe

kostenfrei durch

O. Th. Winckler, Leipzig

[672]

Müllers Restaurant u. Café

Zuhaber: **Otto Müller, Mückern b. L., Kirchweg 32.**

Gr. Strassenbahn-Linie Mückern-Gonnowitz.

Empfehle allen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen Gelegenheiten zur gefälligen Benutzung.

Gleichzeitig mache ich auf die in Nr. 51 1902 der

„Buchbinderzeitung“ besprochene **Weltspieltarte** auf-

merksam. Dieselbe ist zu beziehen durch **Emil Roth-**

Leipzig, Bayerstraße 81, und **Emil Pfütze**, Leipzig,

Sellerhausen, Eisenbahnstraße 150 III. 673] [1.40

Fernsprecher 7945. Mit Gruß **O. Müller.**

Empfehle mein neueröffnetes, gut ventilertes

„Kaffee-Haus“

Oranienstr. 144, am Moritzplatz.

Kaffee 10 und 15 Pf.

Schultheiß-Versand und Märzen à Gl. 10 Pf.

I. Etage:

5 Billards (Verkauf-Bände) à Stunde 40 u. 60 Pf.

Große Auswahl politischer Tageszeitungen u. Journale.

674] Hochachtungsvoll [2.00

H. Schurig.

Zur gefälligen Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einfernungen sollen spätestens Dienstag früh der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Dienstag Mittag Berücksichtigung finden.